

Resolution

Krise solidarisch bewältigen – Gute Arbeit und beste Ausbildung für alle schaffen

1. Gute Arbeit und beste Ausbildung für alle sind zentrale Wegweiser aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die aktuelle Krise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Resultat einer Ideologie bei der der Markt und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Der politische Leitfadens des „Privat vor Staat“ der CDU-/FDP-Landesregierung hat Pate gestanden, als die Soziale Marktwirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen radikal von sozialen Bindungen gekappt wurde. Die allgemeine Krise ist damit auch eine politische Krise der Regierungsmehrheit in NRW und Ausdruck ihres Scheiterns.

2. Auch deshalb bekräftigen wir unseren Anspruch, die nächste Landesregierung mit einer sozialdemokratischen Ministerpräsidentin zu führen, um unser Land nicht nur durch sondern auch erfolgreich und gestärkt aus der Krise zu führen. Für unsere Politik gilt, dass der Mensch Maß und Mittelpunkt in der sozialen Marktwirtschaft ist. Wir sehen darin die Voraussetzung für eine wirkliche soziale Demokratie.

Mit aller Entschlossenheit kämpfen wir darum, bei der Europa- und Kommunalwahl wie auch bei der Bundestagswahl, Mehrheiten für das Soziale und Demokratische zu gewinnen.

3. Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen ist besser als Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu finanzieren. Konkret geht es in der aktuellen Krise vor allem darum, Beschäftigungsbrücken zu bauen, Ausbildung und Qualifizierung zu sichern und die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Wir setzen deshalb im Bedarfsfall auf die Verlängerung der Kurzarbeit auf bis zu 24 Monate. Kurzarbeit muss dabei nicht nur sozial ausgestaltet bleiben. Sie muss konsequent mit Qualifikation und Weiterbildung verknüpft werden.

Für den Zeitraum der Krise wollen wir einen Struktursozialplan als neues Instrument einführen. Damit geben wir Betriebsangehörigen die Möglichkeit, den Wechsel in eine Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft mit dem Angebot zu verbinden, nach Beendigung der Qualifizierung und bei Personalaufbau ins alte Unternehmen zurückkehren zu können.

Einen besonderen Insolvenzschutz brauchen unsere Auszubildenden in NRW. Alle müssen eine Ausbildungsgarantie erhalten, wenn sie von der Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebes betroffen sind. Mit Hilfe der Kammern und mit gezielten Landesprogrammen muss den Betroffenen verlässlich und schnell geholfen werden. Keine Auszubildende und kein Auszubildender darf durch die Insolvenz von Unternehmen auf der Straße stehen. Zur Finanzierung können Mittel des von uns initiierten Ausbildungsbonus aus dem Budget der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden.

Mit ihrer Weigerung, dem ausgehandelten Kompromiss zu den Jobcentern zuzustimmen, trägt die Union ihre internen Streitigkeiten auf dem Rücken der Arbeitsuchenden aus. Wir fordern CDU und CSU auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und den Weg für eine Grundgesetzänderung freizumachen, die die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) aus einer Hand möglich macht.

4. Wir wollen, dass Opel eine Perspektive als europäisches Unternehmen bekommt. Eine tragfähige Lösung muss die Interessen aller Standorte wahren, und deshalb wollen wir auch eine vorübergehende staatliche Beteiligung im Vorfeld nicht ausschließen. Opel Bochum ist ein stolzes Kapitel nordrhein-westfälischer Industriepolitik, das wir im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der gesamten Region fortschreiben wollen.

5. Wir brauchen einen erfolgreichen Mittelstand, für ein starkes NRW und für Wohlstand und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Der Mittelstand ist von herausragender Bedeutung für die Volkswirtschaft in NRW. 99,7% aller Unternehmen in NRW gehören zum Mittelstand. Wir wollen, dass diese Betriebe auch in der Krise weiter investieren und so Arbeit nachfragen und Arbeitsplätze sichern. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen mit geeigneten Instrumenten verbessern und sie aus einer möglichen Kreditklemme führen.

6. Ohne einen handlungsfähigen Staat wäre keine sozialverträgliche Krisenbewältigung denkbar. Zur Grundlage eines handlungsfähigen Staates zählen unzweifelhaft solide Finanzen.

Auch hier hat die CDU-/FDP-Landesregierung versagt.

Trotz jahrelang sprudelnder Steuermehreinnahmen hat sie die Verschuldung des Landes seit dem 30.6.2005 um 17,6 Milliarden auf 124,4 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt 2009 getrieben. Hinzu kommen die Sonderlasten zur Krisenbewältigung einschließlich unkalkulierbarer Haushaltsrisiken durch das WestLB-Desaster.

Die Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen ist für uns einerseits ein Gebot der Generationengerechtigkeit und andererseits Bekenntnis zu einem aktiv gestaltenden Staat. Im Rahmen der Föderalismusreform II ist auch das Instrument einer sogenannten Schuldenbremse mit dem Ziel der Neuverschuldung Null im Jahr 2020 auf Länderebene thematisiert worden. Für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt ergeben sich noch ungeklärte Fragestellungen.

Das Land hat als einzige staatliche Ebene keine eigene Steuerquelle. Auf Landesebene besteht deshalb im Gegensatz zum Bund nicht die Möglichkeit, die Einnahmesituation durch die Ausgestaltung der Steuern zu verbessern. Nordrhein-Westfalen braucht daher vorab einen schonungslosen Kassensturz und eine seriöse mittel- bis langfristige Finanzplanung unter Berücksichtigung aller absehbaren Lasten. Nur mit einer realistischen und somit auch glaubwürdigen Finanzplanung kann der Landtag verantwortlich entscheiden, wie und wann das Ziel einer Neuverschuldung Null in Nordrhein-Westfalen erreicht werden kann.

Vor einer Entscheidung, dies in der Landesverfassung zu verankern, werden wir Sozialdemokraten umfassend über die möglichen Auswirkungen auch auf die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen diskutieren. Dabei bleibt für uns klar: Ohne starke Kommunen, die solide und ausreichend finanziert sind, ist eine gute Politik für die Menschen in unserem Land nicht möglich.